

Erscheinung
täglich mit Ausnahme am
und Feiertagen.

Seitungspreis
vierteljährlich 3,50 M., frei im
Haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 M. 25 Pf.

Wochenkationen 25 Pf.
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreiszeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Harmoni-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachdruckteil die
Zeile 15 Pfg. — Nach-
satz bei späterer Wiederhol-
ung. — Laufende Bahn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Lassenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11965
Frankfurt a. M.

Erstes Blatt.

Nach dem Kongress.

Nicht alle Blütenträume von Einheitlichkeit und Brüderlichkeit sind bei der ersten Tagung des Revolutionären Parlaments gereift, die die Eröffnungsansprache des Volksbeauftragten Ebert durchschimmern ließ. Vielmehr häuften sich der Hader mit den sich folgenden Debattiertagen und vollends der Ausklang am Freitag brachte das Entschiedenste an Disharmonien zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Doch andererseits hat sich die Besorgnis, das Eingreifen der von Liebknecht geleiteten Straßen-Politiker und Arbeitermassen werde den Kongress sprengen, also so schaffende Arbeit unmöglich machen, nicht erfüllt. Tatsache ist, daß der vielkritisierte Rat der Volksbeauftragten diese erste Belastungsprobe vor den gesamten Arbeiter- und Soldaten-Vertretern nicht nur befriedigend überstanden hat, sondern daß er sogar mit beträchtlich erweiterten Rechten im Sinne der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt aus dieser Prüfung hervorgegangen ist. Das Gewicht der Gründe, die von den Unabhängigen und Spartakusfreunden geltend gemacht wurde, entsprach nicht entfernt dem Aufgebot an Lungenkraft, das sie in Bemängelung des politischen Verhaltens der Volksbeauftragten aufwandten. Wohl scheint die Möglichkeit geschlossenen Vorgehens beider sozialistischen Gruppen im Wahlkampf ernst in Frage gestellt, vielleicht auch ein Uebergreifen der Krisis auf die Unabhängigen in der Regierung nicht ausgeschlossen, doch das kann die Tatsache nicht entkräften, daß die Volksbeauftragten sich auf das Vertrauen einer starken Mehrheit der A.-u.-S.-Räte stützen können. Infolgedessen ist beruhigende Gewissheit gegeben für ein Ausbleiben schwerer Störungen in der ja nur noch kurzen Uebergangszeit bis zur Wahl der Nationalversammlung. Die Klärung der Sachlage hat erreicht, der Wahlagitation feste Grundlagen zu geben, damit auch der Hoffnung, daß es gelingen wird, aus dem verwirrenden Durcheinander zu einem soliden Unterbau des neu zu errichtenden Reichshauses zu kommen und nicht zuletzt zu wirtschaftlicher Wiedergewinnung. Einer Notwendigkeit, deren vorsichtiger, planmäßiger Abfertigung der Rätekongress volles Verständnis entgegenbrachte. Was diese kurze Tagung an Eisenflecken gebracht hat, möge der Vergessenheit anheimfallen. Was sie gewirkt hat zur Festigung unserer so bedrohlich schwanpenden staatlichen und nationalen Daseinsbedingungen — Sozialisierung der Betriebe — sei in der Erinnerung festgehalten. Mit stärkster Hoffnung also darf das hartgeprüfte deutsche Volk dem ersten Friedenswächtern entgegengehen.

Die Besetzung.

Die neutrale Zone.

Berlin, 20. Dez. (W. B.) Die Einteilung der 10 Kilometer breiten neutralen Zone erfolgte entsprechend dem Besetzungsgebiet der alliierten Truppen so, daß vier Abschnitte entstanden: Abschnitt 1 umfaßt das Gebiet der holländischen Grenze bis zum Nordrand des Brückenkopfes Köln bei Ratingen. Abschnitt 2 das sich daran schließende Gebiet bis zur Ede zwischen dem Brückenkopf Köln und Coblenz ausschließlich Bonn. Abschnitt 3 geht bis zur Ede zwischen den Brückenköpfen Coblenz-Mainz einschließlich Lore, Abschnitt 4 umfaßt die ganze neutrale Zone von da ab bis zur Schweiz. Im Abschnitt 1 ist der Sitz der Kommandantur Wesel. Die Besetzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Wesel, einem Bataillon in Düsseldorf sowie einer Eskadron in Wesel. Die Kommandantur des Abschnitts 2 ist Wipperfurth. Die Besetzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Remscheid, einer Eskadron in Wipperfurth und einer Eskadron in Eitorf. Die Kommandantur für den dritten Abschnitt liegt in Westerbürg. Die Besetzung setzt sich aus einem Bataillon Infanterie in Hachenburg, einem Bataillon in Limburg und einer Eskadron in Westerbürg zusammen. Die Kommandantur des letzten großen Abschnittes ist in Karlsruhe. Die Besetzung besteht aus einer Eskadron in Homburg, einem Bataillon Infanterie in Frankfurt, einem Bataillon Infanterie in Darmstadt, einem Bataillon in Mannheim, einer Eskadron in Schwetzingen, einem Bataillon in Karlsruhe, einer Eskadron in Karlsruhe, einem Bataillon in Lahr, einer Eskadron in Lahr und einer Eskadron in Mühlheim.

Berlin, 20. Dez. (W. B.) Gegenüber der Veröffentlichung der deutschen Waffenstillstandskommission betreffend das Verkehrspersonal trat folgende Aenderung ein: 1. Das Verkehrspersonal kehrt nicht sofort nach Uebergabe des Materials zurück, sondern verbleibt bis auf weiteres bei der Lokomotive, solange diese bei der Entente Dienst tut. 2. Die Zulagen werden dem Personal nicht gewährt, um die Uebergabe zu beschleunigen, sondern für die Bereitwilligkeit nach Belgien zu gehen. Es wird Mobilisations-, aber kein Demobilisationsgeld gewährt.

Besetzung neutralen Gebietes.

Ht. Frankfurt a. M., 19. Dez. Ungeachtet der in Mainz getroffenen Abmachungen wonach der Postbezirk Frankfurt

nicht besetzt werden soll, wurde am Mittwoch der Bahnhof Goldstein mit Franzosen besetzt. Auch eine unmittelbar vor Frankfurt, aber teilweise noch auf Schwanheimer Gebiet liegende Gummiabrik soll mit 50 Mann besetzt werden. Heute wurden im Vorort Praunheim für mehrere Offiziere und 150 Mann französischer Truppen Quartiere mit der Bemerkung ausgesucht, daß die Leute im Laufe des Nachmittags eintreffen würden. Die Besetzung, die von Eschborn kommen sollte, blieb jedoch aus.

Die französische Besetzungsgrenze um Frankfurt.

Ht. Einer Verfügung der französischen Militärverwaltung zu Höchst a. M. vom 18. Dezember zufolge wurde der Verlauf der Besetzungsgrenze gegen Frankfurt wie folgt festgesetzt: 1. Der Westrand von Neu-Isenburg (Neu-Isenburg nicht besetzt); 2. die Straße Neu-Isenburg-Niederrod und die Eisenbahnlinie westlich dieser Stadt (Straße, Eisenbahn und Stadt nicht besetzt); 3. der Main bis zum Einfluß der Ridda; 4. die Ridda vom Main bis südlich Rödelheim (Rödelheim nicht besetzt); 5. die Linie südlich Rödelheim nach Oberursel; 6. die Dörfer Praunheim und Niederursel und Oberursel nicht besetzt, dagegen die Dörfer Weiskirchen und Stierstadt besetzt; 7. die Linie von Oberursel nach Arnoldsheim. (Diese beiden Orte in der nichtbesetzten Zone. — Eine Karte, in welcher die genaue Grenze angegeben ist, wird in aller Kürze veröffentlicht. Die vorstehend bezeichnete Grenze zwischen den durch die französischen Truppen besetzten Gebieten ist endgültig geschlossen.

Die Bewohner der besetzten Zone, die endgültig in die nicht besetzte Zone überfiedeln wollen, müssen unter Beifügung eines Gesuches um Mitnahme von Mobilien, Handwerkszeugen und Lebensmitteln dies dem Landrat übermitteln, der die Gesuche zur ev. Genehmigung dem Administrator militaire français weitergibt. Dieser bestimmt dann Ort und Stunde der Auswanderung. Für die im Obertaunuskreis davon betroffenen Personen vermittelt der demnächst in Cronberg einzuführende neue Landrat die Gesuche.

Ueber

die feindliche Besetzung im Obertaunuskreis

schreibt die „Frankf. Ztg.“: Der Obertaunuskreis ist in einer eigentümlichen Lage. Seine östliche Hälfte ist neutral und wird ausschließlich von den Arbeiter- und Bauernräten beherrscht, während im Westteil die feindliche Macht regiert, mit den A.-u.-S.-Räten aber dort noch verhandelt, für das neutrale Gebiet jedoch nur die alte Behörde als maßgebende Instanz anerkennt. Die Hauptkommandostelle der Franzosen für den Obertaunuskreis ist Königstein, wo auch der Vertreter der Zivilaufsichtsbehörde des Feindes wohnt. Der militärische Leiter für den Kreis, ein Divisionsgeneral, hat seinen Sitz in Hofheim. Als Vermittlungsstelle zwischen dem neutralen Obertaunus bezw. dem Landrat in Homburg mit dem Feinde wurde in Königstein ein Sitz errichtet, dessen Leitung Bürgermeister Jacob Königstein übernahm. Im allgemeinen hat sich der Verkehr zwischen den heimischen Verwaltungsorganen sowie der Bevölkerung mit der französischen Besetzung bisher reibungslos vollzogen. Der Verkehr in den Gasthäusern auf dem Feldberg wurde freigegeben; auch der kleine Feldberg darf besucht werden.

Die Franzosen in Mainz.

An der Spitze ihrer Truppen hielten die Generale Fajolles und Mangin ihren Einzug in Mainz. Provinzialdirektor Best gab namens der Regierung die Versicherung ab, daß die Behörden des besetzten Gebietes alles daransetzen würden, um ein durchaus loyales und einwandfreies Mitwirken mit der französischen Autorität herbeizuführen und zu erhalten und das wirtschaftliche Leben der Bevölkerung zu befördern. General Fajolles führte in seiner Antwort u. a. aus: Der Frankreich von Seiten Deutschlands aufgezwungene Krieg ist der ungerechteste und grausamste, den die Menschheit geführt hat, so daß sich die ganze Welt darüber empört. Nach der verbrecherischen Neutralitätsverletzung Belgiens war es den deutschen Armeen wohl möglich, in unser Land einzufallen. Systematisch sind die Provinzen Nordfrankreichs verwüstet, unsere Dörfer von der Bildfläche verschwunden, unsere Städte durch Geschützfeuer oder Brände zerstört worden; diejenigen, die außerhalb des Feuerbereichs lagen, wurden geplündert, und ganze Züge voller Waisenkinder, Möbel, Kunstschätze, Fabrikmaterial usw. nach Deutschland fortgeschafft. Das ist kein Krieg, sondern mit bewaffneter Hand ausgeführter Raub. Bei uns und in Belgien sind heute Tausende von Familien heimat- und mittellos; ihr Land ist in eine Wüste verwandelt worden. So steht die Lage, welche Ihr ungerechter Krieg geschaffen hat und für welche Ihr verantwortlich bleibt. Den Schrecken haben Sie als Kriegssystem angewandt; die Folge davon ist, daß unsere Widerstandskraft erhöht und unser Sieg beschleunigt wurde. Seit dem 15. Juli haben die überall zurückgedrängten deutschen Armeen eine ununterbrochene Reihe Niederlagen erlitten, in deren Laufe mehrere hunderttausend Gefangene und Tausende Geschütze in den Händen der Alliierten blieben, bis zum Tage, wo sie, zum endlichen Zusammenbruche verurteilt, um Gnade bitten mußten. Nun, heute sind wir am Rhein. Sie haben allerdings gerechte Vergeltungswahrgelassen geführt, aber Frankreich ist seinen glorreichen Traditionen

treu geblieben, und die Armeen der Republik haben ihr Land durchquert, ohne den geringsten Schaden anzurichten. Wir kennen die Schadenfreude nicht. Die Pfälzer und Mainzer, deren Großeltern einst dem französischen Vaterlande angehört und an unserer Seite gekämpft, haben die edelste natürliche Großmütigkeit und die hohe Moral unserer Soldaten wiedererkannt. Zwar wird niemand von uns das angetane Uebel je vergessen, aber kein Franzose ist fähig, Kinder oder wehrlose Bevölkerung dafür verantwortlich zu halten, oder aus reiner Schadenfreude zu zerstören. Sie haben also nichts zu befürchten weder für sich noch für Ihr Gut, vorausgesetzt, daß Sie sich ohne Hintergedanken der französischen militärischen Autorität unbedingt unterstellen. Diese letztere wird in Mainz General Mangin, der Oberbefehlshaber der 10. Armee, verkörpern. Nehmen Sie loyal, und zwar in Ihrem eigenen Interesse, eine Lage an, die die Folge der Irrtümer, der Fehler und der Niederlagen Deutschlands ist, und schämen Sie sich glücklich, mit einem Volke zu tun zu haben, das, ohne das ihm bescherte Schicksal zu vergessen, falls es durch Sie niedrigerungen worden wäre, den Prinzipien der Gerechtigkeit, die es stets in der Welt verteidigt hat, im Siege treu bleiben wird. Nach dieser Ansprache gab General Mangin die Versicherung ab, daß das wirtschaftliche Leben sich auch unter den neuen Verhältnissen frei entwickeln könne.

Zum Wahlkampf.

B. Berlin, 21. Dez. (Priv.-Tel.) Zum Beginn des Wahlkampfes heißt es in der „Voss. Ztg.“: Wenn Deutschland sich den Luxus leisten könnte, eine zeitlang dem Durcheinander und Gegeneinander zuzusehen, so könnten die daraus entspringenden Lehren zur politischen Aufklärung manches beitragen. Aber das deutsche Volk hat keine Zeit und Kräfte zu vergeuden. Man kann nur wünschen, daß die Arbeit der Nationalversammlung vor Störungen und Eingriffen besser geschützt wird, als es auf der Berliner Tagung der Fall war.

Die Nationalversammlung in Frankfurt?

Ht. Frankfurt a. M., 20. Dez. Nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters Voigt, der augenblicklich in Berlin weilt, ist es nicht ausgeschlossen, daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zusammentritt. Verhandlungen darüber sind im vollen Gange.

Kämpfen mit den Sowjettruppen.

Von der Armee Madenjen.

Berlin, 20. Dez. (W. B.) Reval ist geräumt. An großen Teilen der Ostfront dringen in offenem Hohn auf alle Erklärungen und Verträge reguläre Sowjettruppen nach und versuchen, die Bevölkerung zu terrorisieren. In der Ukraine wurden unsere Truppen bei Sarny, Schitomir, Berditschew und Jekaterinoslaw in Kämpfe verwickelt, da die Bolschewisten die Abtransporte hinderten. Unsere Truppen waren bei ganz geringen eigenen Verlusten überall siegreich. Bei Schitomir nahmen wir den Bolschewisten 15 Geschütze ab. Die Stimmung unserer Truppen ist gut.

Von der Heeresgruppe Madenjen kamen außer der 11. Armee Teile der 218. Division, 226. Division, der 7. Landwehrdivision und der 16. Landwehrdivision in Deutschland an.

Letzte Meldungen.

Wilson.

Rotterdam, 20. Dez. (W. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ ist „Daily News“ sehr befriedigt darüber, daß Wilson seine Reise nach England schon jetzt unternimmt und dadurch Gelegenheit erhält, die Friedenspräliminarien abzufügen. Das Blatt schreibt: Er werde auch über die russische Frage verhandeln können, in der seine Stimme mehr Gewicht habe, als die einer anderen Person. Er werde sich nicht durch materielle Erwägungen beeinflussen lassen.

Die Ablieferung der U-Boote.

Genf, 19. Dez. (Priv.-Tel.) Von den an die Entente abgelieferten deutschen U-Booten sind weitere fünf, darunter nach den französischen Zeitungen auch das U-Boot „Deutschland“, in Cherbourg eingetroffen.

Folgen des Bergarbeiterstreiks.

Berlin, 21. Dez. Dem „Berl. Tageblatt“ aus Essen zufolge, ist die Zeche „Concordia“ in Oberhausen nach Mitteilung des Recklinghauser Bezirkssozialrats infolge des Bergarbeiterstreiks erloschen. 1300 Bergarbeiter werden dadurch arbeitslos.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 21. Dez. 1918.

* Vorträge in der Erlöserkirche. Der letzte Vortrag des Herrn Pfarrer a. D. Werner über das Thema „Die

Aufgaben der christlichen und deutschen Frau in der Familie und neuen Staatsordnung“, der für morgen, den 22. Dez., angelegt war, muß auf den Sonntag nach Weihnachten, den 29. Dez., nachmittags 5½ Uhr, verschoben werden. Morgen findet um 5½ Uhr Predigtgottesdienst statt.

1. Die Zentrumspartei hielt gestern Abend im Schützenhof eine gutbesuchte Frauenversammlung ab. Frau Hörten begrüßte die Erschienenen. Sie wies daraufhin, daß die Frauen an den Schmerzen und Leiden des Krieges überproportionalen Anteil gehabt und daher das Recht hätten, bei den Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung und Beseitigung des Kriegselendes bestmöglich mitzuwirken. Wahlrecht sei Wahlpflicht. Keine Frau dürfe sich dieser entziehen. Darauf sprach Frä. Kattmann aus Frankfurt a. M. über „die Pflichten der Frau im neuen Deutschland“. Die neue Zeit hat der Frau bedeutungsvolle Rechte aber auch verantwortungsvolle Pflichten gebracht. Die politischen Parteien brauchen die Frauen als Bundesgenossen und erkennen die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts. Zwei Aufgaben erwachsen der christlichen Frau aus diesem Recht: 1. Rettung des bedrohten Christentums; 2. tatkräftige Mithilfe bei Wiederaufbau des Staates. Hierzu gehören vor allem Verteidigung der christlichen Weltanschauung und Festhalten am Religionsunterricht in der Schule, Bekämpfung aller Bestrebungen, die Kinder dem Einflusse der Eltern und der Schule zu entziehen, hieße dem Himmel die Sonne, dem Jahre den Frühling zu rauben. Von den Frauen müsse gefordert werden gewissenhafte politische Betätigung und Erneuerung und Beseitigung des christlichen Geistes in der Familie. Dazu bedürfe es eifriger politischer Schulung, besonders aber auch einer guten Zeitung. Die Rednerin empfahl dringend das Lesen und die Unterstützung der katholischen Presse und das Eintreten für das Zentrumsprogramm, dem zugrundegelegt ist, das Verlangen nach Wahrheit, Freiheit und Recht! Die Rednerin erteilte reichen Beifall.

Im Schlußwort betonte Frau Hörten, daß das Anhören und beifällige Aufnehmen schöner Reden und Vorträge nicht genüge, sondern alle Frauen seien zu tätiger Mitarbeit verpflichtet. Keine dürfe untätig beiseite stehen. Gemeinsame Arbeit und festes Zusammenstehen erst führe zum erstrebten Ziele. Ihre Worte fanden lebhaftest Zustimmung.

8. Die Versammlung in der Erlöserkirche am gestrigen Abend, die zahlreich von evangelischen Männern und Frauen besucht war, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Nachdem Herr Detan Holzhausen die Versammlung begrüßt und betont hatte, daß es sich nicht um eine Versammlung mit wirtschaftlichen und allgemeinen politischen Dingen handele, über die man verschiedener Meinung sein könne, deshalb auch die Kirche den politischen Parteien neutral gegenüber stehe, hob er hervor, daß die Religion bzw. das evangelische Christentum der wichtigste Kulturfaktor unseres öffentlichen Lebens sei. Die Maßnahmen der neuen preuß. Regierung ließen befürchten, daß künftighin die Wirkung dieses Kulturfaktors erheblich beeinträchtigt werde, wogegen mit Entschiedenheit Stellung genommen werden müsse. Sodann referierte Herr Rektor Altmann über das Thema des Abends: Wie stellen wir uns als evangelische Christen zur Trennung von Staat und Kirche und zur Verdrängung des Religionsunterrichts aus der Schule, indem er zunächst über die Entstehung des Landeskirchentums in der Reformationszeit und über die gegenseitige Beeinflussung bzw. Unterstützung von Staat und Kirche sich verbreitete und die Vorteile und Nachteile dieser Verbindung schilderte. Ein plötzliches Auseinanderreißen von Staat und Kirche werde für beide Teile den größten Nachteil mit sich bringen, weshalb mit Entschiedenheit gegen ein solches gewaltsames Verfahren zu protestieren sei. Dagegen habe die Kirche keinen Anlaß mit Angst und Sorgen einer gesetzmäßigen Weise durchgeführten allmählichen Lösung des Verhältnisses entgegenzusehen, vielmehr werde ihr dies eine erhöhte Freiheit und Wirkungsmöglichkeit bieten. Fräulein Lektör Georgi beleuchtete die Frage vom Standpunkt der Frau und Mutter und schilderte die verhängnisvollen Folgen, die der Erziehung des nachwachsenden Geschlechts durch eine gewaltsame Trennung von Kirche und Staat und eine Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule entstehen könnten. Es sei deshalb ernstlich dagegen zu protestieren. Die Frauen und Jungfrauen müßten sich aber auch bereit finden lassen, in der religiösen Erziehung der Kinder — sei es in Kindergottesdienst, der erhöhte Bedeutung gewonnen, sei es in freiwilligem Religionsunterricht, der aller Wahrscheinlichkeit werde eingerichtet werden, wie auch bei der religiösen Erziehung unserer Kinder zu helfen. Sie schloß mit einem warmen Appell.

Nachdem der Vorsitzende den beiden Referenten gedankt hatte, verlas er einen Aufruf der evangelischen Pressezentrale, in dem auf den schweren Ernst der Entscheidung hingewiesen wird, bei der es sich darum handele, ob unser deutsches Volk in die neue Zeit mit oder ohne Gott hineingehen soll, deshalb alle Christen bei der Wahl zur Nationalversammlung auf dem Posten sein müßten. Sodann verlas er folgende Erklärung:

1. Wir sehen der Trennung von Staat und Kirche im Hinblick auf Christus, den Herrn der Kirche und im Vertrauen auf die Wahrheitstraft des Evangeliums trotz alles Ernstes der Sachlage zuversichtlich entgegen, verlangen aber, daß bei Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die Würde der Kirche und die rechtlichen Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche gewahrt bleiben und auf ihre Lebensnotwendigkeiten gebührende Rücksicht genommen wird, die Möglichkeit der Einwirkung auf das Volksleben ihr nicht unterbunden und ihr Zeit gelassen wird, sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

2. Wir fordern, daß in den Schulen nach wie vor christlicher bzw. evangelischer Religionsunterricht erteilt wird, und zwar nicht nur nebenbei, weil bei Entfernung desselben aus den Schulen die Möglichkeit eines genügenden Religionsunterrichts außerordentlich erschwert wird und die sittlichen Grundlagen des Staates und der deutschen Kultur untergraben werden.

3. Wir fordern Wahrung des Rechtes der Eltern auf

sittlich-religiöse Erziehung ihrer Kinder und legen deshalb entschieden Verwahrung ein gegen die in dem neuesten Entwurf betreffend Religionsunterricht bereits begonnene Zuströmung der Religion in den Schulen, die wir als eine Vergewaltigung unserer Gewissen empfinden.

4. Für den Fall, daß der obligatorische Religionsunterricht aus den Schulen entgültig beseitigt wird, fordern wir:

1. wahlfreien Religionsunterricht durch Lehrer, denen der evangelische Glaube Ueberzeugungs-sache ist;

2. Offenhaltung der Möglichkeit, christliche Privatschulen zu gründen.

5. Wir erklären, daß wir nur solchen Parteien unsere Stimmen geben werden, die sich bereit erklären, für die oben aufgestellten Forderungen in der Nationalversammlung und in den Einzelparlamenten einzutreten und wahren die evangelische Kirche, sich vor Stellungnahme der Parteien zu diesen Forderungen für irgend eine Partei zu binden.

Dieselbe fand einstimmige Annahme der Versammlung, sie soll dem Kultusministerium zur Kenntnis, ferner den Zentralstellen der Parteien ebenfalls vorgelegt werden; deren Antwort erbeten werde, die dann veröffentlicht werden soll, so daß dann alle Christen entscheiden können, wie sie sich bei der Wahl zu verhalten haben. Die Anforderung einer evangelischen Volkskirchenvereinigung, die für diese Forderungen eintritt, ohne eine politische Partei zu sein, fand den größten Anklang. Es erklärten sich sofort 350 Personen zum Beitritt bereit, weitere Beitrittserklärungen können nach den Gottesdiensten und in den Pfarrhäusern abgegeben werden.

6. Deutsch-Nationale Volkspartei. Man schreibt uns: Gekern hat sich nun auch hier für Homburg und Umgebung eine Gruppe der Deutsch-Nationalen Volkspartei gebildet. Ein größerer Kreis christlich und national gesinnter Männer und Frauen aller Berufsstände hatte sich zu diesem Zweck versammelt. Das Begrüßungswort sprach Herr Baumeister Kabe. Darauf ergriff Herr Pfarrer a. D. Jul. Werner das Wort, um Zweck und Ziel der neuen Deutsch-Nationalen Volkspartei in ihren Hauptlinien zu zeichnen. Er führte dabei folgendes aus:

Der Kampf der ersten Revolutionstage ist verflohen. Eine wachsende Ernüchterung ist eingetreten, da sich die Errungenschaften der Rätereierung, hinter der nicht das ganze deutsche Volk steht, immer mehr als bittere Enttäuschungen erweisen. Wir erleben: statt Freiheit und Ordnung — stärkste Beunruhigung und Geistesnachtschaft, unnütze Verschleuderung von Geldern und Wirtschaftsgütern, unsinnige Lohnforderungen, Zerrüttung der geschäftlichen Rentabilität in Industrie und Mittelstand, Gefährdung der Reichseinheit, drohende Gefahr des Reichswesens.

Eine weitere Dauer dieses ungesunden Zustandes erhöht die bestehende Gefahr! Darum keine feige Begönnerung der Sozialdemokratie rosaroter oder nekroter Richtung!

Ob abhängige oder unabhängige Sozialdemokratie oder Spartakus-Gruppe: alle wollen mehr oder weniger, langsam oder schneller die Aufhebung des Privateigentums und damit die Herbeiführung der wirtschaftlichen Verdrängung, wie wir sie in dem benachbarten Rußland beobachten können.

Die demokratische Partei, die im „Berliner Tageblatt“ das Licht der Welt erblickte, wird ihre Vaterstift nicht verleugnen können. Wir können das Heil nur von deutschen Männern erwarten, nachdem uns, nichtdeutsche Elemente in den Abgrund gestürzt haben.

Darum rufen wir zur Verhütung des völligen Unterganges des deutschen Reiches und Volkes schleunigste Einkerkerung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird um so eher ihre Aufgabe erfüllen, Deutschland zu geordneten und gesicherten Verhältnissen zu führen, je mehr sie in grundsätzlichen Gegensätzen sich zu bolschewistischer Nachhabern.

Nach unserem Programm fordern wir u. a.:

1. Die Herausbildung des Menschen als charaktervolle Persönlichkeit. Die Erhaltung eines lebensvollen Christentums. Religiöse Unterweisung der Jugend durch überzeugt christliche Lehrkräfte.

2. Sicherung des Privateigentums und Sozialisierung in den dazu geeigneten Betrieben, insofern dadurch nicht die Grundlage einer gesunden Wirtschaftsordnung erschüttert wird.

3. Stärkung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes in Stadt und Land, Siedlungspolitik, Ausbau der Sozialpolitik.

4. Freie Bahn, nicht für die Gelehrten, sondern für die wirklich Tüchtigen. Insbesondere für den mittleren und unteren Beamtenstand; ausreichenden Gehalt, Anerkennung und günstige Beförderungsbedingungen.

5. Die Mitarbeit der Frau, deren Hauptaufgabe nach wie vor in der Familie liegt, auch im öffentlichen Leben auf dem Boden der neuen Staatsordnung.

Die Versammlung erklärte sich mit den gegebenen Richtlinien einverstanden und wählte einen vorläufigen Arbeitsausschuß, dessen einzelne Mitglieder bereit sind, Anmeldungen neuer Mitglieder anzunehmen. Geschäftsstelle befindet sich: Gymnasiumstraße 16, Fernspruch 721.

* Kurhaus-Theater. Am kommenden Montag gastieren die Mitglieder des „Frankfurter Schauspielhauses“. Zur Aufführung gelangt eine Frankfurter Totalposse in neun Bildern, betitelt „Datterich“, von Ernst Elias Bergall.

* Schnellzugbenutzung durch Kriegsbeschädigte. Weite Reisen Kriegsbeschädigter zum Zwecke militärischer Untersuchung sind möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, so kann bei Entfernungen von mehr als 100 Kilometer Schnellzugbenutzung gestattet werden, ebenso bei Ausfahrten entlassener Gefangenen bei Entfernungen über 300 Kilometern.

* Postverkehr mit den Osttruppen. Da Zweifel über die Aufrechterhaltung des Postverkehrs mit unseren Truppen im Osten entstanden waren, gibt das Reichspostamt folgende Aufklärung: „Es ist weder der Postverkehr nach dem Osten noch von dort je gesperrt gewesen. Nach dem Osten sind durch Feldpostverläufe vom 15. November nur Päckchen gesperrt worden. Viele Sendungen nach dem Osten sind aber durch Beschlagnahme von ganzen Bahn-

postwagen in Polen verlorengegangen. Wahrscheinlich ist die Auslieferung in Deutschland nach dem Osten infolge der politischen Ereignisse überhaupt nicht so stark gewesen wie früher.“ Es geht jetzt ein neuer Feldpostverlaß hinaus, in dem nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß an die Heeresangehörigen in den besetzten Ostgebieten (Kurland, Estland, Litauen und den besetzten Teilen Großrusslands, sowie Ukraine bzw. Heeresgruppe Kiew) Feldpostsendungen aller Art außer Briefsendungen über 50 Gramm Gewicht (Päckchen) nach wie vor zugelassen sind. Die Sendungen sind tunlichst mit dem Vermerk „Osten“ zu versehen. Mit der Armee-Madenen (Rumänien) besteht infolge der Störungen der Postverbindungen kein Feldpostverkehr. Es können demnach auch keine Feldpostsendungen angenommen werden.

Vermischte Nachrichten.

— Abschaffung der Orden in Preußen. Aus dem Ministerium des Innern wird mitgeteilt, daß eine Verfügung ausgearbeitet sei, nach der die Orden und Titel abgeschafft werden. Es wird aber gestattet bleiben, die Orden, namentlich wenn sie für den Inhaber Erinnerungen an bestimmte Perioden seines Lebens sind, also hauptsächlich die Kriegsorden, auch weiter zu tragen. Ebenso können die Titel weiter benutzt werden. Neue Orden und Titel wird es aber nicht geben. Die akademischen Grade bleiben davon unberührt.

— Der Weihnachtsmann in Bayern. In Bayern erhält jeder Einwohner zu Weihnachten 60 Gramm Tee und 100 Gramm Bohnen- und Malzkaffee, ferner jedes Kind von 2 bis 12 Jahren einen Lebkuchen.

— Abwanderung der Kriegsgewinne. In der Sitzung des Landes-Arbeiterrates in München teilte ein Vertreter aus Lindau mit, daß in den zwei ersten Tagen der Revolution allein in Lindau 1½ Millionen Mark, in das neutrale Ausland geschafft werden sollten, beschlagnahmt wurden.

Kurhaus-Konzerte.

Samstag, 21. Dezember, 6. Sinfonie-Konzert des Kur- und Sinfonie-Orchesters. Leitung: Karl Ehrenberg. Solist: Konzertmeister Felix Krzyzaniak. 1. Sinfonie Nr. 3 in A-moll (op. 56), (Felix Mendelssohn-Bartholdy) (genannt Schottische). Introduction und Allegro apitoto. Scherzo assai vivace, Adagio cantabile, Allegro guerriero und Finale maestoso. 2. Konzert für Violine und Orchester in G-moll (Max Bruch). Vorspiel, Adagio, Finale. Herr Konzertmeister Felix Krzyzaniak. 3. Ouvertüre zu Oper Tannhäuser (Rich. Wagner).

Sonntag, 22. Dez., nachmittags von 4—6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Felix Krzyzaniak. 1. Ouvertüre Die diebische Elster (Koffini). 2. Walzer aus Die geschiedene Frau (Fall). 3. Marsch und Air de Ballet aus Scenes pittoresques (Massenet). 4. Melodien aus Carmen (Bizet). 5. Ouvertüre Die Nürnberger Puppe (Adam). 6. Selection aus Die Geisha (Jones). 7. Polonaise A-dur (Chopin).

Abends von 8¼—10 Uhr. 1. Ouvertüre Das Nachtlager in Granada (Kreutzer). 2. Fantasia aus Traviata (Verdi). 3. Sphären-Musik (Rubinstein). 4. Walzer a. d. Ballet Dornröschen (Tschaltowsky). 5. Ouvertüre zu Egmont (Beethoven). 6. Ave verum (Mozart). 7. Ungarische Tänze Nr. 5 und 6 (Brahms).

Montag, 23. Dez., nachmittags von 4—6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Felix Krzyzaniak. 1. Ouvertüre der erste Glückstag (Auber). 2. Walzer, Ganz allerliebste (Waldteufel). 3. Largo (Händel). 4. Marsch aus Sigurd Jorsalfors (Grieg). 5. Ouvertüre Stradella (Fleisow). 6. Ständchen (Schubert). 7. Melodien aus Die verkaufte Braut (Smetana). 8. Galopp Tit-Tat (Strauß).

Abends: Theater.

Ämtliche Bekanntmachung.

Betrifft: Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Die Reichskonferenz der A. u. S.-Räte hat beschlossen, die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stattfinden zu lassen.

Demgemäß müssen, in Abänderung der Veröffentlichung vom 12. 12. 1918 S. 9042 — Kreisblatt Nr. 152 — in die doppelt aufzustellende Wählerliste alle deutschen Männer und Frauen aufgenommen werden, die am Wahltag — das ist der 19. Januar 1919 — das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Stimmbezirk wohnen.

Die Listen sind ev. unter Zuziehung von Hilfskräften schleunigst aufzustellen. Sie müssen unter allen Umständen nach den bisherigen Verfügungen der obersten Reichsbehörde bis spätestens 31. 12. 1918 fertiggestellt sein. Es kann damit gerechnet werden, daß die Fertigstellung bereits früher erfolgt sein muß.

Ist ersuche daher mit größtem Nachdruck die schleunigste Aufstellung der Wählerliste zu fördern.

Bad Homburg v. d. H., den 21. 12. 1918.

Der Landrat. Für den Vollzugsausschuß des Kreises v. Marx. Rintelen.

Ausgabe von Zigarren u. Zigaretten.

Es werden von **Sonntag**, den 22. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr an in der städtischen Verkaufsstelle Ludwigstraße **Zigarren** u. in der Verkaufsstelle Rathausladen **Zigaretten** auf Lebensmittelkarte abgegeben und zwar je 50 Zigarren und bis zu 200 Stück Zigaretten. Die Preise werden im Verkaufslokal angegeben werden.

Der Verkauf wird nötigenfalls am Montag, den 23. ds. Mts. von 2 Uhr an fortgesetzt.

Bad Homburg v. d. H., den 20. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Lebensmittelversorgung.

Der Arbeiterrat.

Bin unter 705 an das Telephonnetz angeschlossen.

Dr. E. Cost, prakt. Tierarzt,
Bad Homburg. Höheststraße 10.

Kurhaustheater Bad Homburg.

Montag, den 23. Dezember 1918, abends 7 Uhr

6. Vorstellung im Abonnement A.

Gastspiel v. Mitgliedern d. Frankfurter Schauspielhauses.

„Datterich“.

Eine Frankfurter Lokalposse in 9 Bildern von Ernst Elias Niebergall.

Gewöhnliche Preise.

Kassenöffnung 6 Uhr Anfang pünktlich 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Militär Ermäßigung. Vorverkauf auf dem Kurbüro.

Herrenanzüge.

Der Stadt sind von dem Kommunalverband eine größere Anzahl **neuer Herrenanzüge** in der Preislage von 160—264 Mark zugeweiht worden. Die Bezugsscheine werden bei der Städt. Bekleidungsstelle im Rathaus ausgegeben. **Der Verkauf findet im Laden Luise-strasse 99 statt.**

Montags 9—12 Uhr
Mittwochs 9—12 Uhr und 3—5 Uhr
Freitags 9—12 Uhr.

Der Magistrat.
(Bekleidungsstelle)

Der Arbeiterrat.

Junge Frauen : Junge Männer!

Die Zukunft gehört Euch!

Ihr alle müßt mitarbeiten an dem

Wiederaufbau

eines großen und freien

Vaterlandes

Auf zur ernstesten und politischen Arbeit!

Erste Versammlung

Sonntag, den 22. Dezember 1918, vormittags 11 Uhr im hinteren

Saale des „Kaiserhofes“

Alle sind willkommen!

Die Jugend-Abteilung der Deutschen Volkspartei.

Lichtspielhaus

Luisestraße 89.

Heute das vorzügliche **Elite-Programm**
Carola Coelle

in ihrem ausgezeichneten Gesellschaftsdrama in 4 Akten

„Chrisantheme“.

Außerdem:

„Sein Freund Herr Rebel“

Lustspiel in 3 Akten.

Kreissparkasse

des Obertaunuskreises, Bad Homburg v. d. H.

Mündelsicher
unter Garantie des Obertaunuskreises.

Telephon Nr. 353 — Postscheckkonto Nr. 5795 — Reichsbank-Giro-Konto

Annahme von Spareinlagen gegen 3½ und 4% Zinsen
bei täglicher Verzinsung.

**Kostenlose Abgabe von Heimsparbüchern bei einer Mindest
einlage von Mk. 3.—**

Ein Hcker und eine Wiele
auf mehrere Jahre zu pachten gesucht.
H. Hardt,
Hinter dem Rohmen 19.

Gut erhaltener

Konfirmandenanzug

zu kaufen gesucht. Angebote unter
S. 21 an die Geschäftsstelle des
Blattes erbeten.

Mädchen gesucht

zu einzelner Dame. Guter Lohn
und gute Behandlung.

Frankfurter Landstraße 93.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienstordnung in der Marienkirche
Gottesdienstordnung vom 22. bis 28. Dezember

4. Adventssonntag.

6 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

6½, 8 und 11½ Uhr hl. Messen, die letzte
mit kurzer Predigt.

8 Uhr Generalkommunion des Gesellen- und
Jünglingsvereins.

9½ Uhr Hochamt mit Predigt.

2 Uhr Christenlehre.

4½ Uhr Generalversammlung des Marien-
vereins mit Neuwahl.

8 Uhr Adventsandanacht, nach derselben Jüng-
lingsverein.

An Wochentagen 6½ und 7½ Uhr hl.
Messen.

Montag Abend 8 Uhr Gesellenverein.

Dienstag 4 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Mittwoch (Hochfestliches Weihnachtsfest).

5 Uhr feierliche Ketten mit Predigt.

Darum die 2. hl. Messe.

Die hl. Kommunion wird unmittelbar nach
den Ketten ausgeteilt.

Weitere hl. Messen sind 7½, 8 u. 11½ Uhr

9½ Uhr feierliches Requiem mit Predigt.

2 Uhr feierliche Besper.

4 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Donnerstag (Fest des hl. Stephanus.)

Gottesdienstordnung wie an Sonntagen.

Sonntag Abend 8 Uhr Salve.

Christl. Versammlung, Elisabethenstr. 19a.

Jeden Sonntag Vormittag von 11—12 Uhr

Sonntagschule für Kinder.

Sonntag nachm. 5—6 Uhr

Evangelisations-Vortrag.

Donnerstag abends 8½—9½ Uhr.

Bibel- und Gebetsstunde.

Ausschneiden und aufheben.

An die christlich und national gesinnte Bevölkerung von Bad Homburg und Umgebung.



Aufruf!



Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus schweren Wunden; es steht vor Gefahr der Auflösung. An Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge.

Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben.

Ueber unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für die Wahl ist volle Freiheit zu gewähren. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrscht. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklassen verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden.

Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Zur Durchführung dieser Grundsätze bei der Gestaltung des neuen Deutschlands erstreben wir Unterzeichneten den Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen sowie aller gleichgesinnten Parteien und Parteirichtungen zu einer neuen Partei, für die wir den Namen

Deutschnationale Volkspartei

vorschlagen.

Um die Wunden zu heilen, die der Krieg unserm schwer geprüften Vaterlande geschlagen hat, und um Recht und Recht und Ordnung wiederherzustellen sind wir bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die dasselbe Ziel erstreben. So muß es gelingen, unser Volk aus dem Jammer dieser Tage hinauszuführen und kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft zu sichern.

Für das zu schaffende Parteiprogramm schlagen wir als Anhaltspunkte folgende

Richtlinien

vor:

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Existenz, Freiheit und Selbstständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.
2. Wir fördern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.
3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig

festzulegen. Das Privateigentum ist gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.

4. Wir halten fest an dem Grundsatz der Privatwirtschaft, sind aber gewillt, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.

5. Wir fordern den schnellen Abbau der im Kriege geschaffenen staatlichen Zwangswirtschaft und die Auflösung der Kriegsgesellschaften.

6. Eine durchgreifende Abhilfe der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Heimstätten wirksam zu fördern.

7. Wir fordern Wiederbewässerung des platten Landes durch umfassende Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauernland und Eigenwirtschaftsmöglichkeiten für Landarbeiter. Hierfür ist Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und Privaten in angemessenen Umfang gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

8. Für die Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten Mittelstandes, auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung, werden wir eintreten.

9. Der Ausbau unserer Sozialpolitik ist fortzusetzen. Das Koalitionsrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.

10. Den Beamten, Lehrern, Militärpersonen und Angestellten, den Pensionären und Altpensionären ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

11. Weitergehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.

12. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu besetzen. Das Prüfungswesen darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Berufsberuf entscheidend sein.

13. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze ein.

14. Die öffentlichen Abgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit aufzubauen. Zu dem einheitlich auszubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanz in ausgedehntem Maße zur Steuer heranzuziehen, soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt. Die Kriegsgewinne sind auf das schärfste zu erfassen.

15. Weitergehende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Pflege geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.

16. Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.

Der vorläufige Arbeitsausschuß:

Hr. Sophie Balmer, Oskar Bieber, Landwirt, Hr. Frieda Boedeker, von Brüning, Landrat a. D., Frau Christiane Dühringer, Hr. Martha Droeßler, Frau H. Heffinger, Justizrat Kisselstein, Rechtsanwalt u. Bürgermeister, Rabe, Architekt und Baumeister, Rahn, Stadtrechner, Frau von Roeder, Karl Schmidt, Schlossermeister, Schneider, Prof., Frau Stumpi, Erich Chielen, stud. Chem., Marie Werner geb. Arndt.

Alle vorstehend genannten sind bereit **Nennungen** entgegenzunehmen.

Die Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei Bad Homburg v. d. H., Gymnasiumstr. 16, Fernsprecher 721.
Rabe.